

ORH-Bericht 2001 TNr. 27

Berufsschulen in Bayern

Jahresbericht des ORH

Bei den Berufsschulen bestehen erhebliche strukturelle Defizite. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sollte die äußere Schulorganisation gestrafft, die Bildung der Grund- und Fachsprengel überarbeitet, die Zahl der Minderklassen abgebaut und die berufliche Bildung in Jungarbeiterklassen grundsätzlich neu geordnet werden.

Beschluss des Landtags

vom 19. März 2002
(Drs. 14/9009 Nr. 2 j)

Die Staatsregierung wird ersucht, bei den Berufsschulen auf eine Optimierung der Schulorganisation unter besonderer Berücksichtigung regionaler und situationsbedingter Gegebenheiten und moderner Anforderungen an Ausbildung und Arbeitsmarkt hinzuwirken und die berufliche Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis neu zu ordnen; dem Landtag ist bis 1.3.2003 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 8. Januar 2004 und
vom 28. Juni 2004
(VII/I-O9200/1-7/6 213 und
VII.3-5 S 9220-1-7.65 020)

Das Staatsministerium hat einen Zwischenbericht vom 8.1.2004 zum Stand der Berufsschulreform vorgelegt. Danach wurden Planungsregionen festgelegt, für die bestimmte Reformkonzepte möglichst im Einvernehmen mit den Beteiligten erarbeitet und Sprengelverfahren eingeleitet wurden oder werden sollen. Trotz der zu erwartenden Widerstände der verschiedenen Interessengruppen konnten zum Teil bereits positive Ergebnisse erzielt werden. Auch Minderklassen würden verstärkt abgebaut. Die Reformkonzepte sollen spätestens bis 2008 umgesetzt werden.

Im abschließenden Bericht vom 28.6.2004 über die Neuordnung der beruflichen Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis kommt das Staatsministerium zu dem Ergebnis, dass die Einführung eines verpflichtenden vollzeitschulischen Berufsvorbereitungsjahres zwar pädagogisch sinnvoll wäre, aber einen Mehrbedarf von ca. 450 Lehrkräften erfordern würde. Auch ein kooperatives Berufsvorbereitungsjahr mit drei betrieblichen Praktikums-

tagen je Woche erfordere einen Mehrbedarf von ca. 200 Lehrkräften. Hinzu kämen ca. 80 Planstellen für Sozialpädagogen.

Das Staatsministerium versuche deshalb, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel insbesondere kooperative Maßnahmen mit den aus ESF-Mitteln geförderten Maßnahmeträgern auszubauen und das Angebot an vollzeitschulischen Klassen zur Berufsvorbereitung und an Berufsfachschulen zu erweitern.

Im Übrigen lasse sich eine qualitative Verbesserung des Unterrichtsangebots durch den weiteren Ausbau der Jungarbeiterklassen mit achtwöchiger Blockbeschulung pro Jahr erreichen.

Anmerkung des ORH

Eine weitere wesentliche Verbesserung der Situation der Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis wird im gegebenen Rahmen kaum mehr erreicht werden können.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und
Finanzfragen
vom 31. Mai 2005**

Kenntnisnahme